

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

28. Oktober 1955

379/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. P f e i f f e r, Dr. G r e d l e r und Genossen  
an die Bundesregierung,  
betreffend die Entschädigung der österreichischen Staatsangehörigen, deren  
Vermögen von der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien zurückbehalten oder  
liquidiert wurde.

-.-.-.-

Nach Art. 27 Abs. 2 des Staatsvertrages hat sich die österreichische  
Bundesregierung verpflichtet, österreichische Staatsangehörige, deren auf  
jugoslawischem Gebiet befindliches Vermögen von der Föderativen Volksrepu-  
blik Jugoslawien zurückbehalten oder liquidiert wurde., zu entschädigen.

Nach einer im Finanzministerium eingeholten Auskunft scheint man aber  
keinerlei legislative oder administrative Vorbereitungen getroffen zu haben,  
um dieser vertraglichen Verpflichtung nachzukommen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher die

A n f r a g e

Wann und in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung die in Art. 27  
Abs. 2 des Staatsvertrages übernommene Verpflichtung zu erfüllen? Wird  
sie dem Nationalrat den Entwurf eines Entschädigungsgesetzes unterbreiten?

-.-.-.-.-